

«Jeder dritte Franken stammt aus der EU»

Wirtschaftsministerin Doris Leuthard will dem Publikum in Pfeffingen den Wert der bilateralen Abkommen deutlich machen

«Mit dem bilateralen Weg der Schweiz den Wohlstand sichern». Zu diesem Thema wird Doris Leuthard am Pfeffinger Forum vom Dienstag referieren. Mit «Sonntag bz» sprach die Bundesrätin bereits im Vorfeld.

VON THOMAS DÄHLER UND DANIEL BALLMER

Frau Leuthard, eigentlich bedeutet der bilaterale Weg, dabei zu sein ohne wirklich dabei zu sein. Wie lange geht das gut?
Doris Leuthard: Die Schweiz liegt mitten in Europa. Somit sind wir dabei – mit oder ohne EU-Mitgliedschaft. Mit unseren bilateralen Verträgen haben wir einen Weg gefunden, der von der Mehrheit der Bevölkerung getragen wird, unserer Wirtschaft wichtige Exportchancen bietet und unsere direkt-demokratischen Institutionen und Instrumente respektiert. Diesen Weg können wir weiter erfolgreich beschreiten.

Schon seit Jahren schlägt sich die Schweiz mit den Bilateralen herum. Was werden Sie dem Publikum am Pfeffinger Forum Neues erzählen können?
Bilateralismus bedeutet auch Aufwand: Veränderungen des EU-Rechts sind auch mit uns neu zu verhandeln. Neue Anliegen einer der Partner bedingen neue Verträge. Die Schweiz ist aber grundsätzlich mit den bilateralen Abkommen I und II mit Europa sehr gut vernetzt. Es geht mir jetzt darum, den Wert dieser Abkommen deutlich zu machen. Jeder dritte Franken, den wir verdienen, stammt aus den Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Schweiz und der EU. Deshalb müssen wir die Abkommen sichern. Wie Sie wissen, wird die Referendumsabstimmung zur Personenfreizügigkeit – sollte sie zustande kommen – zur Schicksalsfrage über die Bilateralen I. Die Bevölkerung hat daher ein Recht zu wissen, um was es geht.

Machen wir uns bei der stetigen Übernahme von EU-Recht nicht etwas vor, dass die EU-Regeln zwar auch für uns gelten, wir aber bei deren Gestaltung nicht dabei sind?

Wir übernehmen EU-Recht nicht wahllos, sondern nur dort, wo es unseren Interessen entspricht. Es gibt Bereiche, in denen wir bewusst andere Wege beschreiten oder andere Standards setzen. Wo sinnvoll und gerechtfertigt, wollen wir etwa Produktvorschriften harmonisieren. Das ist für unsere exportorientierte Wirtschaft wichtig und spart Kosten für eine Spezialisierung. Wir müssen eines sehen: Es gibt für einen Staat keine uneingeschränkte Autonomie. Darum müssen wir die «Souveränitätsbilanz» der Schweiz auf dem bilateralen Weg laufend überprüfen und uns einen möglichst grossen Spielraum verschaffen. Bis jetzt ist das gelungen.

Wie wird sich die EU nach dem Nein der Iren zum EU-Reformvertrag weiter-

entwickeln? Mit welchen Perspektiven für die Schweiz?

Es ist Sache der EU, nach einer solchen Abstimmung neue Möglichkeiten auszuloten. Für uns ist es aber von Vorteil, wenn die EU gut funktioniert und sie sich auch institutionell weiterentwickelt. Die Abstimmung zeigt aber auch, dass jedes Mitglied Rechte hat und damit Einfluss. Zudem stelle ich fest, dass solche Situationen der Schweiz mit ihren vielen

«Wir übernehmen EU-Recht nur dort, wo es unseren Interessen entspricht.»

Abstimmungen Respekt verschaffen. Haben wir doch bis anhin die Unterstützung der Bevölkerung für den bilateralen Weg, haben wir doch viele gemeinsame Interessen, wirtschaftlich und politisch.

Der Erweiterung der Personenfreizügigkeit auf Rumänien und Bulgarien droht das Referendum. Kann dieser Markt überhaupt je Bedeutung für die Schweizer Wirtschaft erlangen?

Rumänien und Bulgarien sind bereits heute interessante Wachstumsmärkte. 2007 haben wir mit diesen beiden Ländern einen Exportüberschuss von 650 Millionen Franken erwirtschaftet. Die Schweiz hat vor allem Pharma- und Chemieprodukte geliefert, aber auch Maschinen. Und das Handelspotenzial ist noch nicht ausgeschöpft, unsere Wirtschaftsbeziehungen



Doris Leuthard: «Es gibt für einen Staat keine uneingeschränkte Autonomie.»

mit den beiden Staaten entwickeln sich mit Wachstumsraten um 15 Prozent sehr schnell. Bulgarien und Rumänien sind Zukunftsmärkte. Für die Exportindustrie spielt neben dem Marktzugang die Personenfreizügigkeit eine wichtige Rolle, denn unsere Unternehmen können dann ihre eigenen Experten etwa für Montage- und Wartungsarbeiten vor Ort entsenden.

Aus Rumänien und Bulgarien selber ist aber doch eher ein Zustrom schwach

gebildeter Arbeitskräfte zu erwarten?
Falsch. Osteuropa weist generell ein gutes Bildungsniveau auf. Rumänien hat hochqualifiziertes Personal, die rumänischen Ärzte etwa haben international einen sehr guten Ruf. Und die Schweiz ist ja nicht nur auf Spezialisten angewiesen, sondern auch auf weniger qualifiziertes Personal. Denken Sie zum Beispiel an die Landwirtschaft oder an saisonale Restaurants in den Tourismusgebieten.

Welche Rolle spielte die Personenfreizügigkeit in den vergangenen Jahren für die Konjunktur?

Eine zentrale. In vergangenen Perioden einer Hochkonjunktur haben die Unternehmen den Personal-mangel gespürt. Weil Fachkräfte fehlten, konnten sie ihre Wachstumschancen nicht nutzen. Dank der Personenfreizügigkeit sind die Unternehmen jetzt nicht an eine Personaldecke gestossen. Etwa ein Drittel des Wachstums der letzten drei Jahre ist auf die Personenfreizügigkeit zurückzuführen. Mit der Personenfreizügigkeit werden Arbeitsplätze in der Schweiz gesichert.

Die Schweiz darf sich derzeit über eine tiefe Arbeitslosenquote freuen. Auf der anderen Seite steht eine hohe Inflation. Zeichnet sich hier eine Rezession wie in den USA ab?

Nein, die Schweizer Wirtschaft steht auf einem stabilen Fundament. Der Binnenkonsum und neue Exportmärkte haben bisher die Baisse in de USA austariert. Zudem ist die Inflation im internationalen Vergleich erträglich. Dass wir uns den negativen Einflüssen der Krise an den internationalen Finanzmärkten und der damit verbundenen Verlangsamung der Konjunktur nicht entziehen können, ist für ein Land mit einer grossen exportorientierten Wirtschaft aber logisch.

Derzeit arbeitet die Politik an der Revision der Arbeitslosenversicherung: Gelder an Arbeitslose sollen gesenkt, Beiträge der Werk-tätigen erhöht werden. Ein Mittelweg, mit dem alle unzufrieden sind?

Wir wollen und müssen die Arbeitslosenversicherung sanieren. Es wäre unverantwortlich, weiterhin Defizite in Kauf zu nehmen und die Schulden von derzeit 4,8 Milliarden Franken einfach weiter anwachsen zu lassen. Mit leichten Beitragserhöhungen und mit Einsparungen schaffen wir es, die ALV in ein finanzielles Gleichgewicht zu bringen. Dabei geht es aber nicht um eine Reduktion der Tag-gelder, sondern vor allem um eine Stärkung des Versicherungsprinzips: Wer nur kurze Zeit Beiträge geleistet hat, erhält kein oder ein gekürztes Taggeld.

Was geschieht, wenn die Arbeitslosenzahlen wieder steigen?

Gerade für solche Zeiten benötigen wir eine finanziell solide Versicherung. Wer unseren Reform-Kompromiss ablehnt,



ZUR PERSON

Doris Leuthard

Als Vorsteherin des Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements ist Doris Leuthard zuständig für Wirtschafts- und Handelspolitik, für Arbeit, Berufsbildung, Technologie oder Landwirtschaft. Die Aargauerin absolvierte das Studium der Rechte an der Uni Zürich. Vor ihrem Amtsantritt als Bundesrätin am 1. August 2006 war die 45-Jährige während sieben Jahren Mitglied des Nationalrats sowie seit 2004 Präsidentin der CVP Schweiz. (BZ)

handelt fahrlässig. Heute ist das Gesetz auf eine durchschnittliche Zahl von 100 000 arbeitslosen Personen ausgerichtet. Zwar sind wir derzeit mit rund 94 000 Personen unter diesem Grenz-

«Etwa ein Drittel des Wachstums der letzten Jahre ist auf die Personenfreizügigkeit zurückzuführen.»

wert. Um aber gewappnet zu sein, gehen wir von durchschnittlich 125 000 arbeitslosen Personen aus.

Hochpreisinsel Schweiz: Was kann man gegen dieses Image tun?

Das ist mehr als ein Image; das sind Fakten. Die Preise von Importgütern zum Beispiel liegen in unserem Land rund 30 Prozent über dem Niveau des europäischen Auslandes. Die Gründe dafür sind mangelnder Wettbewerb oder technische Handelshemmnisse. Wir gehen auf allen Ebenen vor, indem wir mit dem Binnenmarktgesetz mehr Wettbewerb fördern oder mit der Revision des Gesetzes über die technischen Handelshemmnisse unnötige Produktvorschriften abschaffen und das Cassis-de-Dijon-Prinzip einführen. Leider machen die derzeitigen Erhöhungen von Erdöl- und Strompreisen unseren Bestrebungen einen Strich durch die Rechnung. Umso wichtiger ist es, die Reformen umzusetzen damit wir die Kaufkraft der Haushalte stützen können.